• Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7057.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Völbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale. Motto: Für Wahrheit und Recht.

№ 164. Mittwoch den 17. Juli 1895. 6. Jahrg.

Parteigenossen!

Auf unserem letzten Parteitag in Frankfurt a. M. wurde **Breslau** als der Ort bestimmt, an welchem unser nächster Parteitag stattzufinden habe.

Nachdem es nun unseren Breslauer Genossen gelungen ist, ein geeignetes Lokal zu beschaffen, so hat die Parteileitung in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den diesjährigen Parteitag auf die Tage vom

6. bis 12. Oktober 1895 nach Breslau

zu berufen.

Das Lokal, in welchem der Parteitag tagen wird, der Beginn der Vorversammlung, sowie die Tagesordnung werden später rechtzeitig bekannt gemacht.

Parteigenossen! Es ist der erste Parteitag, seitdem wir eine sozialdemokratische Bewegung in Deutschland haben, der im Osten des Reiches stattfindet. Dieser Umstand und der weitere, daß in Breslau „ruht was sterblich war von Ferdinand Lassalle", dem Begründer des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins und unseres großen Vorkämpfers, sie werden unseren Genossen ein Ansporn sein, dafür Sorge zu tragen, daß der nächste Parteitag eine würdige Vertretung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein wird. Daß die geographische Lage Breslaus den Genossen im Süden und Westen des Reiches bei der Beschickung größere Opfer auferlegt, wie wenn ein Ort in Mitteldeutschland gewählt worden wäre, darf kein Grund dafür sein, nunmehr den Parteitag spärlicher zu beschicken. Es handelt sich für die Partei um die Entscheidung und Beschlußfassung über höchst wichtige Fragen, — es sei hier nur an die Agrarfrage erinnert — und diese Entscheidungen können nur von einem Parteitag getroffen werden, auf dem alle Parteiorte entsprechend ihrer Stärke in unserer Bewegung vertreten sind.

Wir richten deshalb an die Parteigenossen das Ersuchen, überall rechtzeitig die Vorvereinigungen zur Beschickung des Parteitages zu treffen und besonders auch die an den Parteitag zu richtenden Anträge einer recht genauen Prüfung zu unterziehen.

Parteigenossen! In Breslau ruhen unsere verstorbenen Genossen und Vorkämpfer Ferdinand Lassalle, Paul Reinders, Julius Kräcker und Max Kayser, in Breslau sollen in diesem Jahre für die Weiter-Entwicklung unserer Partei entscheidende Beschlüsse gefaßt werden. Parteigenossen, tragt dafür Sorge, daß der nächste Parteitag sich seinen Vorgängern würdig an die Seite stellt.

Berlin, den 15. Juli 1895.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Der Partei-Vorstand.

Parteigenossen!

Nachfolgend veröffentlichen wir die Programmvorschläge, welche die Agrarkommission dem Parteitag zur Beratung unterbreitet und die hiermit zur Diskussion der Parteigenossen gestellt werden.

Die Agrarkommission sah sich genötigt, um ihren Vorschlägen eine zweckmäßige Form zu geben, dieselben in den zweiten Teil des bestehenden Parteiprogramms einzuarbeiten.

Die Agrarkommission wird unmittelbar vor dem Parteitag noch einmal zu einer Beratung zusammentreten, um an der Hand der geübten Kritik und der etwa gemachten Abänderungsvorschläge zu prüfen, ob und welche Abänderungen sie noch an ihrem Entwurf vornehmen und dem Parteitag zur Annahme empfehlen soll.

Der zweite Teil unseres Parteiprogramms soll nach den Vorschlägen der Agrarkommission folgende Fassung erhalten:

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftordnung zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu diesen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur Allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volks- und Fortbildungsschulen. Errichtung ausreichender gewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen, Musterwirtschaften und Versuchsstationen; Abhaltung regelmäßiger landwirtschaftlicher Unterrichtskurse. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, und dementsprechende Beseitigung aller Ertrags- (Real-) Steuern (Gewerbe-, Haus-, Grundsteuern 2c.). Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

11. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikommisse, Steuervorrechte 2c.).

Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art noch bestehender Erbunterthänigkeit und der aus derselben herstammenden Lasten und Pflichten.

12. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums (Staats- und Gemeinde-Eigentums jeder Art, Allmend 2c.), insbesondere Ueberführung des Besitzes der toten Hand (Korporations-Stiftungs-[illegible]), der Bergwerke, der Salinen, der Wasserkräfte 2c. in öffentliches Eigentum unter Kontrolle der Volksvertretung.

Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

13. Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, soweit sich beides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirtschafter unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.

14. Staatskredit an Genossenschaften, die alle Beteiligten umfassen, oder an einzelne Gemeinde für Feldbereinigung, Bodenmeliorationen aller Art, Entwässerung und Bewässerung.

Uebernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege, Wasserläufe), sowie für Deiche und Dämme auf den Staat oder das Reich.

15. Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden unter Herabsetzung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten.

16. Verstaatlichung der Mobilien- und Immobilien-Versicherung (Feuer-, Hagel-, Wasserschäden-, Vieh-Versicherung

---

14] **Im Exil.**

Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

Herr von Marnand machte eine Pause, um seine Beredtsamkeit wirken zu lassen. Frau Roveray bewunderte seine Rede von ganzem Herzen und nickte beifällig mit dem Kopfe. Frau Mesjant, beunruhigt durch die Wendung, welche das Gespräch genommen, versuchte ihren Gatten zurückzuhalten, der vor Ungeduld zitterte. Doch gelang es ihr nicht, ihn daran zu hindern, daß er seinem Sohn zu Hilfe kam:

Aber mir scheint, mein Herr, rief er, daß ein Romanschriftsteller ein verdienstliches Werk vollbringt, wenn er die Mißstände, die er gewahrt, angreift. Es sind so viele schlechte, ungerechte, überlebte Dinge in der heutigen Gesellschaft. Diejenigen, welche da auf Reformen drängen, sind Männer von Herz und Verstand!

Herr von Marnand wandte sich nach diesem neuen Angreifer um und maß ihn von oben bis unten. Er schien ihn für einen Gegner zu halten, der seiner nicht recht würdig war und entgegnete daher in überlegen nachlässigem Tone:

Meinen Sie? Das denkt man sich so. Man legt unkunigerweise die Hand an die ewigen Grundsätze des Rechtes, an die geheimnisvollen Grundlagen der Staaten, und wissen Sie, worauf das hinausläuft? Auf den schlimmsten Umsturz, mein Herr, auf die Barrikaden, auf Brand und Mord, auf die Saturnalien der Kommune! Ich denke, Sie verteidigen doch wohl nicht jene vom Satan Besessenen, die in Paris den roten Lappen der sozialen Revolution entfaltet haben?

Der Redner rechnete darauf, daß diese Frage wie ein Keulenschlag wirken, daß sie seinen Gegner verblüffen und niederschmettern würde. Doch wie erschrak er, als Rene ruhig entgegnete:

Warum nicht?

Warum? wiederholte Herr von Marnand, der in der Verwirrung seiner Gedanken nicht gleich die passenden Worte wiederfand. Weil sie Räuber, Mordbrenner, Mörder sind! Tollhäusler oder Verbrecher! Vom Fusel oder vom Hochmute berauschte Wilde! Abschaum der Großstadt, dessen Frankreich sich mit vollem Rechte entledigt hat.

Rene, der bleich geworden war, unterbrach ihn mit schneidender Stimme:

Sie stammen aus einer Familie von protestantischen Refugiés, mein Herr, nicht wahr?

Ja . . . Aber welche Beziehung hat das . . . ?

Im sechzehnten Jahrhundert klagte man die Hugenotten derselben Greuel an; sie waren Wahnsinnige, Schwindler, Brandstifter von Klöstern und Bilderstürmer, Narren und Verbrecher, ein Abschaum, den das katholische Frankreich ausspeien müsse. Lesen Sie nur die Pamphlete und Reden jener Zeit. Ich erinnere mich da der Verse von Rousard:

Und sengen, brennen, plündern, morden
Von blutbefleckten Räuberhorden
Das nennt Ihr kirchlich reformieren?

O, das war etwas ganz anderes . . . Sie duldeten für die wahre Religion, stotterte Herr von Marnand, den dieser plötzliche Frontwechsel in arge Verlegenheit brachte.

Die wahre Religion ist immer die, zu der man sich bekennt, begann Rene wieder. Man kann sich irren. Man ist nicht weniger achtungswert, wenn man sein Glück und sein Leben seinen Ueberzeugungen opfert. Und ich sehe nicht ein, warum man heute den Märtyrern einer neuen Idee die Achtung versagt, ja, mein Herr, die Achtung, die doch die Reformierten genießen, welche in ihrer Art auch Revolutionäre, Aufrührer, unerbittliche Feinde der zu ihrer Zeit bestehenden Verhältnisse waren.

Sie wollen mich doch nicht etwa dahin bringen, Ihre Kommunards als Helden zu bewundern? versuchte Herr von Marnand spöttisch einzuwerfen. Da soll es ehrliche Leute geben! Gehen Sie doch! Werfen Sie nur einen Blick in die Zeitungen. Nichts weiter als Banditen der schlimmsten Sorte!

Rene durchlief ein nervöses Beben. Seine Stimme zitterte. Mit zusammengepreßten Zähnen, aber äußerlich ruhig, sprach er langsam die Worte:

Sie werden gewiß die Worte, die Sie soeben gesprochen haben, bedauern, wenn Sie erfahren, daß ich selbst jetzt im Exil lebe, weil ich an der Kommune teilgenommen hatte.

Als er dies sprach, schleuderte er Herrn von Marnand einen Blick zu, daß dieser es für geraten hielt, einen Schritt zurückzutreten, und stammelte:

Ah, da bitte ich um Verzeihung. Das wußte ich nicht. Das konnte ich nicht wissen.

Ein Schweigen entstand. Frau Mesjant, die zugleich erschreckt und stolz war auf das entschlossene Vorgehen ihres Sohnes, versuchte die Unterhaltung auf ein anderes Gebiet zu lenken.

O diese leidige Politik, seufzte sie, die Herren sind darin unerbittlich. In alle Dinge müssen sie die Politik hineinziehen. Im Salon müßte man es eigentlich verbieten, nicht wahr, Madame?

Aber Frau Roveray war nicht diejenige, welche es verstand, einer so peinlichen Lage ein Ende zu machen. Sie antwortete nur trocken:

Meine Schuld ist es nicht, wenn sie hier eingedrungen ist, Madame.

Sie klingelte, daß der Kaffee gebracht werde. Das gab eine kleine Ablenkung. Aber aus der Unterhaltung war alle Gemütlichkeit verschwunden. Herr von Marnand schloß sich, wie in eine Festung, in ein halb schmollendes, halb träumerisches Schweigen ein. Seine Schwester verrichtete ihr Amt als Wirtin mit gereizter Höflichkeit. Die Kinder selbst, die dem Auftritt beigewohnt hatten, ohne ihn zu begreifen, flüsterten schüchtern unter einander wie Vögelchen, die ein Gewitter sturm erschreckt hat. Man wechselte noch einige leere Redensarten, die mehr dazu bestimmt waren, die Gedanken zu verbergen, als sie zum Ausdruck zu bringen, und die Familie Mesjant verabschiedete sich von der Wirtin, die keinerlei Anstrengung machte, sie zurückzuhalten.

Als Herr von Marnand mit Frau Roveray allein geblieben war — die Kinder waren zum Spielen in den Garten hinausgeschickt worden — entlud sich seine üble Laune in abgerissenen Sätzen. Eine nette Gesellschaft, diese Mesjants! Wie seine Schwester nur den unverzeihlichen Leichtsinn begehen konnte, sie bei sich zu empfangen! Ihm zuzumuten, daß er sich mit solchen Leuten abgeben sollte! Leute, die zu allem fähig waren, die von der Polizei überwacht und eingesperrt werden sollten! Wer konnte denn wissen, ob sie nicht Raub, Mord und Brandstiftung auf dem Gewissen hatten? Und nun daran zu denken, daß der Sohn, ein unverschämter Bursche, ein Gelbschnabel ohne Grundsätze, ohne Moral Kindern der Stadt Unterricht im Französischen geben sollte! Es sei eine Schande . . .

Frau Roveray war ganz bestürzt und jammerte. Wer hätte das gedacht? Wer hätte das sagen können? Diese Mesjants hätten so hochgestellte Verwandte! Wem solle man jetzt noch trauen. Die widerstrebendsten Gefühle stritten in ihr. Als Hausbesitzerin war sie froh, das zweite Stockwerk ihres Hauses auf zwei Jahre vermietet zu haben. Als Angehörige der Bourgeoisie, als eine geborene von Marnand war sie empört, aufgebracht.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950717-13/fragment/page=0001

u. s. w.) und möglichste Ausdehnung der Versicherung auf alle versicherungsfähigen Betriebszweige.

Staatliche Hilfeleistung bei Notständen infolge verheerender Naturereignisse.

17. Unbeschränkte Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen.

Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung, gegebenen Falles volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt, Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.

Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Landwirtschaft.

2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern, sowie durch ein landwirtschaftliches Reichsamt, Bezirks-Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftskammern.

Durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durch obligatorische Gewerbegerichte sowohl für gewerbliche als für landwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter, sowie für Handlungsgehilfen.

5. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

6. Uebernahme und Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung. Reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Lohn- oder Dienstverhältnis stehenden Personen.

Berlin, Juli 1895.

Der Partei-Vorstand.

Tagesgeschichte.

Für ein neues Sozialistengesetz begeistert sich in der Münch. Allg. Ztg. ein „langjähriger höherer Verwaltungsbeamter". In einem Artikel „Realpolitik" will er den Nachweis führen, daß nach dem Scheitern des Umsturzgesetzes ein neues Ausnahmegesetz notwendig sei, wenn nicht der Umsturz demnächst in das Deutsche Reich siegreich einziehen soll. Die zum Stützen dieses höchst [illegible] Beamten sind nichts weiter als zusammengestoppelte Lesefrüchte aus den Reden des Herrn v. Köller und ähnlicher Erörterungen von gleicher Höhe der politischen Anschauung.

Rieder mit der Umsturzpartei! Der Zentralverband deutscher Industrieller zur Beförderung und Wahrung nationaler Arbeit in Berlin braucht Geld. Die Mitglieder werden ersucht, freiwillige Beiträge zu dem Preßfonds zu leisten, um die Neue Reichskorrespondenz fernerhin herausgeben zu können. In dem Appell an das große Portemonnaie heißt es:

„Diese Korrespondenz wird kostenfrei an 465 Zeitungen versendet; dabei sind namentlich kleinere lokale Blätter ins Auge gefaßt, deren Herausgeber mit möglichst geringem Redaktionsaufwand arbeiten müssen, denen daher die Korrespondenz außerordentlich willkommen ist. Diese lokalen Blätter, welche meistens in den Wirtshäusern ausliegen, dringen mehr in das Volk als die großen Zeitungen und dienen daher ganz besonders dem mit der Korrespondenz verfolgten Zwecke. Mit Rücksicht auf diesen Umstand haben wir bereits seit mehreren Jahren in der Korrespondenz, neben der Vertretung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen der Industrie, energisch den Kampf gegen die Umsturzparteien geführt; es sind wöchentlich ein bis zwei Artikel besonders gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie geschrieben worden. Gerade diese Artikel, welche sehr fleißig abgedruckt werden, haben der Korrespondenz neue Freunde erworben, so daß sich die von Zeitungsverlegern ausgehenden Gesuche um Zusendung derselben wieder gemehrt haben."

Ob sie auch genützt haben, diese „besonders gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie geschriebenen Artikel" der Neuen Reichskorrespondenz? Darüber schweigt des Sängers Höflichkeit.

Die Armee als Vernichterin der Kleinbetriebe. Der Geschäftsumfang der Armeebekleidungsämter hat in letzter Zeit eine bedeutende Steigerung genommen. Die Anfertigung der Uniformen und sonstigen Bekleidungsstücke für die Truppen, sowie die Beschaffung der Bedarfsgegenstände an Wäsche in den Kasernen und Lazaretten ist mehr und mehr zentralisiert worden, indem die Regiments- und Bataillons-Werkstätten entweder ganz aufgehoben oder bedeutend eingeschränkt worden sind.

Die Volks-Zeitung bemerkt hierzu:

„Die gesamte Thätigkeit auf diesem Gebiet ist jetzt den Bekleidungsämtern der Armeekorps zugewiesen, die, wenigstens soweit die preußische Armee in Betracht kommt, große industrielle Etablissements unter militärischer Leitung geworden sind und nicht nur hunderte von Oekonomie-Handwerkern sondern zeitweise auch zahlreiche freie Arbeiter (Handwerker) und Arbeiterinnen beschäftigen, außerdem geben sie auch noch viel Arbeit an die Strafanstalten ab, und in dieser Hinsicht ist es jetzt soweit gekommen, daß wohl fast in sämtlichen Zuchthäusern, Gefängnissen und auch in den Militär-Strafanstalten die Schneider durchweg und ohne Unterbrechung für die Bedürfnisse der Heeres beschäftigt werden können. Jedem Bekleidungsamt sind bestimmte Strafanstalten im Bereich seines Armeekorps zugewiesen. Die Militärverwaltung zahlt Löhne in der Höhe, wie sie in der Konfektionsbranche bei der Großindustrie üblich sind. Die Bekleidungsämter bringen auch alle nur erdenklichen, die Großfabrikation fördernden maschinellen Erfindungen in ihren Betrieben zur Anwendung und arbeiten mit Gaskraft oder Dampfmaschinen.

Die Armee, die das Bestehende erhalten soll, arbeitet somit recht kräftig der wirtschaftlichen Entwicklung vor; ohne daß ihre Leiter es denken, werden durch diese Maßnahmen zahlreiche Kleinbetriebe vernichtet. Ganz ebenso wie vom privaten Unternehmertum wird von der Armeeleitung für arbeitsparende Maschinen gesorgt. Lohnersparnis durch Beschäftigung von Strafgefangenen und Bezahlung der bekanntlich überaus niedrigen Arbeitslöhne der Konfektionsbranche charakterisieren diese eigentümlichen staatlichen Musterwerkstätten des weiteren.

Zum Fall Kock. Der pommersche Predigerverein hat in seiner jüngsten Jahresversammlung folgende Resolution gefaßt:

Der Pfarrverein glaubte in dem Verfahren des Herrn von Thadden (des Patrons) und seiner Parteigenossen gegen Pastor Kock den Versuch erblicken zu müssen, dem Pastor das Recht zu beschränken, daß er ohne Menschenfurcht und Menschengefälligkeit die Wahrheit nach allen Seiten hin zu vertreten habe. Der Vorstand des Pfarrvereins hat schon mit dem Vorstand des konservativen Vereins in Pommern Verhandlungen geführt, die indessen noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Mit seinem Vorgehen erklärt sich der Verein, ohne das Auftreten des Pastors Kock in jeder Beziehung billigen zu wollen, für einverstanden und beauftragte den Vorstand, dem Amtsbruder für die Mannhaftigkeit seines Auftretens seine Zustimmung und dadurch Trost für die erlittene Anfechtungen auszusprechen.

Das ist in der That mehr, als von einem Predigerverein erwartet werden kann, da seine Mitglieder doch auch Patronen unterstehen.

Ueber die Bremer Irrenanstaltsverhältnisse wünscht die Bremer Bürgerschaft Aufklärung vom Senat. Die städtische Behörde hat folgenden Antrag ohne Debatte angenommen: In Erwägung, daß die hiesige Presse in den letzten Wochen über die städtische Krankenanstalt verschiedene Artikel gebracht hat, die in die weitesten Kreise der Bevölkerung Aufregung und Beunruhigung getragen haben, erachtet es die Bürgerschaft für geboten, dem lebhaften Wunsche des Publikums nach Aufklärung über die streitigen Angelegenheiten Rechnung zu tragen. Sie ersucht deshalb den Senat, ihr eine Mitteilung über die thatsächlichen Verhältnisse, die in der Krankenanstalt und in bezug auf das Pflegepersonal herrschen, zugehen zu lassen.

Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich. Bekanntlich ist das Inverbindungtreten politischer Vereine verboten, und sozialdemokratische Vereine haben wegen angeblicher Nichtbeachtung dieser Bestimmung schon häufig Unannehmlichkeiten gehabt. Toleranter sind die Behörden, wenn es sich nicht um sozialdemokratische, sondern um evangelische Arbeitervereine handelt. Da wird lustig Politik getrieben, und die Vereine befinden sich auch in einer sehr engen Verbindung: aber hier handelt es sich ja um ebenso fromme wie staatserhaltende Vereine, und da drückt man gern ein Auge zu. Auf dem in diesen Tagen in Buckau abgehaltenen Verbandstag des Mitteldeutschen Verbandes evangelischer Arbeitervereine wurde wieder konstatiert, daß diese Vereine sich die Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Aufgabe gesetzt haben, also eine eminent politische Thätigkeit entfalten. Weiter sei noch zu bemerken, daß auf dem Verbandstage über den evangelisch-sozialen Kongreß referiert wurde, und daß die von letzterem gefaßten Beschlüsse und Bestrebungen vom evangelischen Verbande gutgeheißen worden sind. Der evangelisch-soziale Kongreß ist ebenfalls ein politischer, die Bestrebungen sind rein politische. Hier sind also politische Vereine zusammengetreten, um über politische Dinge zu beraten und müssen aufgelöst werden, wenn nicht eine offenkundige Gesetzesverletzung seitens der betreffenden Behörde Platz greifen soll.

Zur Wohnungsfrage. In Karlsruhe hat eine städtische Kommission getagt zu dem Zwecke der Untersuchung, welche Maßregeln zum Zwecke der Besserung der Wohnungszustände der unbemittelten Klassen anzuwenden seien. Sie ist dabei zu folgenden Forderungen gelangt: 1. Vervollkommnung der hygieinischen Vorschriften der Bau-Ordnung unter besonderer Berücksichtigung der offenen Bauweise, um Luft und Sonnenlicht in möglichst hohem Maße den Wohnungen zuzuführen. 2. Verbilligung der kleinen Wohnungen. Dann heißt es in dem Berichte weiter:

Da in der spekulativen Preissteigerung des Bauterrains der wesentliche Grund der Verteuerung der Wohnungen zu suchen sei, die enormen Wertsteigerungen aber nur zum allergeringsten Teil auf Leistungen der Eigentümer beruhen, vielmehr ihnen als unverdiente Gewinne infolge von Leistungen der Gesamtheit in den Schoß fallen, so müsse dafür gesorgt werden, jene Wertsteigerung thunlichst in Schranken zu halten. Das wirksamste Mittel zur Niedrigerhaltung der Bauplatzpreise liege aber in den Händen der Hauptgrundbesitzer: der herzoglichen Zivilliste und des Domänenärars. Könnten diese Verwaltungen sich entschließen, den Konjunkturengewinn an Bauplätzen nicht voll auszunutzen, sondern zu mäßigeren Preisen Gelände zu gunsten der Erbauung billiger und gesunder Wohnungen für die minder bemittelte Bevölkerung abzugeben, so würde dadurch die unverhältnismäßige Preissteigerung auch des übrigen Baugeländes gehindert werden.

Daß die Verwaltung des großherzoglich-badischen Vermögens gegebene günstige Konjunkturen nicht voll ausnutzen soll, ist in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ein Verlangen, dem die Erfüllung wohl versagt bleiben wird. So viel sollte die genannte Kommission doch von der Welt wissen, in der sie lebt, daß heute bei wirtschaftlichen Handlungen, wie es z. B. der Verkauf von Grundstücken ist, lediglich rechnerisch-kapitalistische Grundsätze maßgebend sind, aber keine ethischen. Ob es sich dabei um eine großherzogliche Verwaltung oder um einen gewöhnlichen Grundstücksspekulanten handelt, ist gleichgiltig: beide haben die Eigentümlichkeit, die Konjunkturen in vollständig rücksichtsloser Weise auszunutzen. Und die Vertretung mehr ethischer Grundsätze überlassen beide der kommenden sozialistischen Gesellschaft.

Ausland.

Frankreich. Der Kongreß der sozialistischen Gemeinderäte Frankreichs trat im Pariser Volkshause auf Montmartre zusammen. Zwanzig Maires, unter ihnen auch der Abg. Girodet, Maire von Saint-Etienne, sowie eine große Menge von Gemeinderäten hatten sich eingefunden. Nach der Prüfung der Vollmachten und der Ernennung von sechs Ausschüssen beschloß der Kongreß auf Antrag des Abg. Vaillant, eine Art Liste der kommunalen Forderungen aufzustellen, die den Wählern bei den nächstjährigen Gemeindewahlen unterbreitet werden sollen.

Italien. Crispi an der Arbeit. Ehren-Crispi versteht den Rummel. Während er im Parlament durch freches Auftreten und Großsprechereien seine Gegner und das Land verblüfft, bemüht er sich im Stillen, die Schriftstücke, die seine Gaunereien beweisen und gegen ihn ausgespielt werden könnten, in seinen Besitz zu bekommen. So liegt heute folgendes Telegramm vor:

Paris, 13. Juli. Das Memorial diplomatique meldet, ausländische Persönlichkeiten hätten Cornelius Herz einen Besuch gemacht, und denselben um Rückgabe der Schriftstücke ersucht, welche für Crispi kompromittierend seien.

Ob Crispi mit seinen Bemühungen Erfolg hatte, ist nicht bekannt.

Soziale Uebersicht.

— **Maschinen für Holzbildhauerarbeiten** ist das neueste Erzeugnis der Technik. Durch die Presse läuft eine Notiz, nach welcher sich in Lindenthal bei Köln eine mit großem Kapital arbeitende Aktiengesellschaft gebildet hat, die die fabrikmäßige Herstellung aller für die Ausschmückung der Gebäude und Zimmer jetzt gebräuchlichen Holzschnitzereien mittels eigens dafür erfundenen Maschinen betreibt. Außer Wandbekleidungen, Rahmen, Gesimse, Brüstungen, Füllungen, Plafonds 2c. sollen auch alle zur Möbeltischlerei nötigen Schnitzstücke und zwar in jedem Stil und jeder Holzart hergestellt werden können, mindestens ebensogut wie vom Bildhauer ausgeführt. Die Arbeiten sollen sämtlich sehr wohlfeil hergestellt werden können und die Konkurrenz der Handarbeit in dieser Beziehung weit hinter sich lassen. Sollte sich diese Kunde bestätigen, so wäre wieder ein Zweig des Kunstgewerbes zum Fabrikbetrieb geworden und zahlreiche Hände überflüssig gemacht durch den Fortschritt der Technik.

— **Die Zahl der Kleinbahnen** in Preußen, die am 31. März 1895 vorhanden oder die bis dahin genehmigt waren, stellt sich auf 131. Auf die Provinzen entfallen, nach der Zahl der Bahnen geordnet, Rheinprovinz 31 (bisher 27), Brandenburg 15 (14), Sachsen und Hessen-Nassau je 13 (13, 12), Pommern und Schleswig-Holstein je 10 (8, 10), Posen, Schlesien, Hannover und Westfalen je 7 (6, 6, 7, 4), Berlin (Geschäftsbezirk des Polizeipräsidenten) 5 (4), Westpreußen 4 (4) und Ostpreußen 2 (2).

— **Sanitäre Vorschriften** für Buchdruckereien hat die Regierung ausgearbeitet. Eine Konferenz, die im Reichsamt des Innern abgehalten wurde, hat sich darüber gutachtlich geäußert. Von Berliner Prinzipalen wohnte Büxenstein der Konferenz bei; aus allen großen Druckorten, Leipzig, München, Hamburg, Frankfurt a. M., Breslau, waren Prinzipalsvertreter anwesend; zur Begutachtung des Regierungsentwurfs waren auch mehrere Delegierte des sozialdemokratischen Verbandes herangezogen; im allgemeinen fand der Entwurf Beifall.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 15. Juli.

Vorsitzender: Stadtverordneten-Vorsteher Dittenberger.

Die neuen, seitens des Magistrats eingegangenen Anträge sind bereits in die Tagesordnung aufgenommen.

Als Sondervorlagen stehen an der Tafel vermerkt: 1. Mittelbewilligung für eine Schreibmaschine. 2. Fluchtlinienfestsetzung an der Delitzscherstraße. 3. Elektrische Bahn Halle Leipzig.

Wieder vorgelegt ist die Petition der Lehrer, betreffend Gehaltsverhältnisse. Dieselbe wird bis nach den Ferien zurückgestellt.

Der „Hallesche Verein für Kohlenbergbau und Brikettfabrikation" hat ein Protestschreiben an die Stadtverordneten Versammlung eingereicht, welches sich gegen die geplante Erweiterung des Südstriebhofes richtet und in welchem der Widerspruch vorbehalten wird gegen die Hallesche Hafenbahn. Der genannte Verein ist durch seine in betreffenden Gebieten belegenen Gruben mit 300000 M. engagiert. Der Vorsitzende erklärt, daß diese Zuschrift an unrichtige Adresse gerichtet sei; denn die Versammlung könne nichts in der Angelegenheit thun. Da eine gleiche Zuschrift an den Magistrat gelangt ist, wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Es erfolgt die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung. Dasselbe wird genehmigt, nachdem ein Monitum des Stadv. Werther durch den Stadtv. Friedrich berichtigt worden.

Hiernach wird zur Beratung der Tagesordnung geschritten.

Punkt 4 fällt aus. Punkt 16 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Referenten sind bei der miserablen Akustik, die durch die Fortnahme der Vorhänge in den Logen noch bedeutend verschlechtert ist, nur äußerst schwer und ganz unvollkommen zu verstehen!

1. Die beantragte **Umlegung des Bürgersteiges** vor den Grundstücken Franckestraße 1, 2, 3, 7, 8 und die Erneuerung der Thorfahrten werden **abgelehnt.** Anstatt der hierzu erforderlichen 1550 M. werden nur 400 M. zur Legung von Bordschwellen bewilligt. Referent Stadv. Hildebrandt.

2. Um für Halle einen von der organisierten Arbeiterschaft schon wiederholt beantragten, vom Magistrat durch eine bezügliche Denkschrift des Stadtrat Jochmus vom 17. März cr. als sachlich begründetes und durch Verfügung des Regierungspräsidenten vom 3. Dezbr. 1894 als hinreichend klar dargelegtes Anfordernis bezeichneten **Kommunalen Arbeitsnachweis** zu schaffen, der möglichst viele Vorteile bei thunlichster Sparsamkeit in der Verwaltung gewährleisten soll, empfiehlt der Magistrat, einen mit dem **Verein für Volkswohl** vereinbarten und von diesem bereits genehmigten Vertrag zu acceptieren, nach welchem der Verein seine für Arbeitsnachweis bereits bestehende Abteilung zu erweitern haben wird unter städtischer Unterstützung und letztere fortan der städtischen Kontrole unterstellt wird. — Der Referent der Finanzkommission Stadtv. Sachs teilt den Inhalt des Vertrages mit, nachdem er auch über die mit den hiesigen Innungen gepflogenen Verhandlungen über den geplanten kommunalen Arbeitsnachweis Auskunft gegeben. Hiernach haben sich nur 2 Innungen, die der Schneider und der Tapeziere und Dekorateure, **für** die Errichtung eines solchen erklärt; von seiten aller anderen Innungen erfolgte Ablehnung; man hielt aber einen Nachweis für gewöhnliche Dienstleistungen, also für nichtgewerbliche, für erwünscht. Die Arbeitsnachweisstelle, die nun dem Verein für Volkswohl definitiv übertragen ist — die Versammlung stimmte der Magistratsvorlage ohne Debatte zu — tritt in Thätigkeit mit dem 1. Oktober d. J. und soll für alle Arbeiter und Dienstboten beiderlei Geschlechts Arbeitsgelegenheiten vermitteln. Der Magistrat zahlt für diese Ausdehnung der betreffenden Abteilung des Volkswohlvereins an letzteren einen laufenden Jahresbeitrag von 3000 Mark Für die Zeit vom 1. Oktober 1895 bis Ende März 1896 wird dem Verein eine Beihülfe bis zu 1500 M. zu zahlen beschlossen. Die schleunige Erledigung dieses Antrages wird damit begründet, daß, wenn der Arbeitsnachweis mit dem 1. Oktober d. J. in Thätigkeit treten soll, der Verein mit thunlichster Beschleunigung nach passenden Mietsräumen, sowie nach dem erforderlichen Personal sich umthun müsse.

3. Der in der Versammlung vom 27. Juni cr. gefaßte Beschluß, den Magistratsantrag vom 14. Juni cr., betreffend die **Vermietung von Wohnräumen u. s. w.,** deren Mietsbetrag den Wert von 300 M. jährlich nicht übersteigt, dem Magistrat allein zu übertragen, insoweit zu acceptieren, daß für den Zweck der Vereinfachung dieser Geschäfte eine gemischte Deputation, bestehend aus 2 Magistratsmitgliedern und 4 Stadtverordneten eingesetzt werden solle, wird, entgegen dem heutigen Antrage des Magistrats, aufrechterhalten. Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden in diese Deputation gewählt die Stadtv. Sachs, Sommer, Hasse,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189507 17-13/fragment/page=0002

Herm. Der Magistrat hatte das Kommissionswesen, wie es jetzt bereits ist, als ein gar zu kompliziertes bezeichnet und Vereinfachung desselben empfohlen. Es sollten die Deputationen zur Verwaltung der städtischen Landgüter und die zur Verwaltung der städtischen Familienhäuser mitsamt der obigen Deputation zu einer Oekonomie-Deputation zu verschmelzen, welche einen erweiterten Wirkungskreis erhalten sollen. Ref. Stadtv. Herzfeld.

5. Die **Erbauung einer Bedürfnisanstalt** vor dem Steinthor wird mit einem Abstrich von 600 M. und einer Verschiebung des Standortes derselben genehmigt. Die Anstalt kommt an die Spitze des Triangels gegenüber der Walhalla zu stehen; dort, wo jetzt die Selterbude steht. Die veranschlagten Kosten belieſen sich auf 8700 M. Ref. Stadtv. Heiser.

6. Zur **Anlage des Halle-Hettstedter Personen- und Güter-Bahnhofs** hat die Stadt an die betr. Gesellschaft größere an der Mansfeldestraße, diesseits und jenseits der Elisabethbrücke belegene Grundstücke abzutreten. Es kommen in Frage das städtische Terrain des Eisbörsen-Grundstück, der anschließende Fischerische Holzplatz und das an der Mansfelder Chaussee hinter der Elisabethbrücke am Erlengebüsch belegene sogenannte Schwemmland. Der Personenbahnhof wird auf den erstgenannten Terrains errichtet werden. Um einen freieren Verkehr für das Fuhrwerk herzustellen, soll dort die Mansfeldestraße, die nach der neuen Fluchtlinienfestsetzung in ihrem oberen Teile eine Breite von 17½ Meter erhalten soll, um 5 Meter, also auf 22½ Meter verbreitert werden. Dies zur Straße entfallende Land wird mit Ausnahme eines auf den Plänen näher bezeichneten Teiles nicht mitverkauft. Die bezeichneten Teile sollen aber der Stadt später wieder unentgeltlich zufallen. Gegen diese Forderung kommt sich der Referent der B.-K., Stadtv. Friedrich, der die Forderungen der Stadt für die eingelnen abgetretenen Terrainteile einerseits als etwas zu niedrig, andrerseits wiederum als etwas hoch gegriffen bezeichnet. Es sollen abgetreten werden:

A. für den Güterbahnhof das 4800 Quadratmeter große Gelände südlich der Mansfelder Chaussee mit 1500 M. pro Morgen. (Also für den ganzen Komplex 2820 M.) Dies ganze Terrain darf nicht bebaut werden, da es im Ueberschwemmungsgebiet liegt.

B. a) Das vor der Elisabethbrücke belegene ca. 6000 Quadratmeter große Gelände, bestehend aus dem zum Fischerschen Holzplatz gehörigen unbebauten Terrain von 570 Quadratmeter zum Preise von 10 M. pro Quadratmeter = 5700 M.; b) etwa 1040 Quadratmeter bebaubares Hinterland zu 20 M. = 20800 M.; c) 2305 Quadratmeter bebaubares Vorderland zu 40 M. = 92200 M.; d) das Terrain der „Eisbörse" zum Preise von 56500 M. (Der jährliche Mietsertrag von 2260 ist mit 4 Proz. kapitalisiert worden, um diese Preisstellung zu bewirken.) Unter Hinzurechnung des Betrages von 2800 M. für das unter A. bezeichnete Land stellt sich die Forderung der Stadt auf 178000 Mark. Der Referent bezeichnet es nicht als ganz richtig, wenn von der Halle-Hettstedter Bahngesellschaft allein die Tragung der Kosten der Straßenverbreiterung verlangt wird. Es müssen die gegenüberliegenden Adjazenten mit hinzugezogen werden. Die von dem Stadtv., Eisenbahnbauinspektor Königer, geäußerte Meinung, die Erweiterung auf die andere Seite der Straße zu verlegen, sei unthunlich. Die Erweiterung der Mansfeldestraße sei, entsprechend der vorzunehmenden **Verbreiterung der Elisabethbrücke**, für beide Straßenseiten berechnet. Die Verbreiterung der Elisabethbrücke könne auch nur erfolgen durch Beseitigung der breiten Steinbrüstung und Verlegung der Fußwege in einer Breite von je 3–4 Metern mittels eisernen Trägern über beide Brückenseiten hinaus (durch sogenannte Auskragung), so daß die ganze massive Breite der Brücke dem Fuhrverkehr dienen kann. Die B.-K. spricht den Wunsch aus, dahin wirken zu wollen, daß der Güterbahnhof näher an die Stadt herangelegt wird. Stadtv. Königer erklärt, daß der Güterbahnhof diesseits der Elisabethbrücke angelegt wird, das entfernter liegende Terrain soll nur zur Anlage von Mangiergeleisen dienen. Die F.-K., Ref. Stadtv. Billing, erklärt sich mit dem Magistratsantrag einverstanden. Die Versammlung genehmigt einstimmig die Landabtretung und Preisfestsetzungen hierfür. (Der Referent Stadtv. Friedrich war gleich zu Beginn seiner Erläuterungen genötigt, auf energische Weise sich Aufmerksamkeit dem leider zu oft — störenden und die Berichterstattung äußerst erschwerden, sehr lebhaft ausgebildeten Konversationstrieb einiger Stadtverordneten gegenüber zu verschaffen!) (Schluß folgt)

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 16 Juli

* **An Streikunterstützungen** sind vergangene Woche eingelaufen bei den Maurern auf Listen 185.30 M.; über die anderweiten Unterstützungen liegt noch keine Zusammenstellung vor. Bei den Zimmerern auf Listen 188.84 M., von Berlin 100 M., von Zimmerern, die 40 Pfg. Stundenlohn erhalten haben, 62 M., an anderweiten Zuwendungen 64.30 M. Bei den Maurer-Arbeitsleuten auf Listen 436.97 M., an Prozenten der in Arbeit Getretenen 53.95 M., an freiwilligen Beiträgen 29.50 M. Insgesamt für die Streikenden **1120.86 M.** (ohne die Prozentgelder der arbeitenden Maurer und ohne die den Maurern anderweit zugeflossenen Beiträge.

* **Zum Bauarbeiterstreik.** Bei den Maurern hat sich die Situation seit gestern nicht geändert. Der von den Meistern erwartete Zuzug fremder Maurer ist völlig ausgeblieben. Ueber die Besprechung, welche gestern vormittag die Innungsmeister gepflogen haben, ist Näheres bis zur Stunde nicht bekannt geworden. Herr Helmholtz hat gestern die Maurer Britzel und Thörner gemaßregelt entgegen dem Beschlusse der letzten Versammlung. Es wird Aufgabe des Streikkomitees sein, der Sache auf den Grund zu gehen und event. das Weitere zu veranlassen. Bei den Zimmerern haben die Herren Bauunternehmer Max Lüttig und W. Bindrich die Forderungen schriftlich bewilligt. Herr Zimmermeister Schatz hat außer den 5 Zimmerern, denen er die 40 Pfg. Stundenlohn bewilligt hat, noch drei andere vom Lande zu billigerem Lohne eingestellt. Auch in diesem Falle wird es Aufgabe des Streikkomitees sein, das Weitere zu veranlassen. Die Zahl der streikenden Zimmerer hat sich gestern vermehrt.

* **Wie die Arbeit, so der Lohn,** sagt ein bekanntes Sprichwort. Man kann es aber auch umdrehen und sagen: Wie der Lohn, so die Arbeit. Diejenigen Maurer, welche in Köthen und anderwärts gearbeitet haben, wo 30 Pf. Stundenlohn gezahlt werden, wissen, wie wenig an solchen Orten geleistet wird. Nicht die Hälfte von dem wird fertig, was ein Maurer bei einem anständigem Stundenlohn leistet. Werden angemessene Löhne bezahlt, so treibt ein Arbeiter den andern an, und sie achten unter einander darauf, daß keiner lässig ist. Bei Schundlöhnen ist's umgekehrt. Da achten die Maurer darauf, daß nicht zu viel gearbeitet wird, damit die Arbeitsgelegenheit entsprechend länger dauert. Wer will es ihnen verdenken? Ein Arbeitgeber, der sein Interesse versteht, wird nicht an den Löhnen knausern, denn er selbst zieht dabei schließlich den Kürzeren. Wo hohe Löhne gezahlt werden, wird auch am flottesten gearbeitet. Das ist eine allbekannte Thatsache, daß man garnicht mehr nötig haben sollte, sie zu wiederholen.

* **Bär Numero zwei.** Zu den „ausgeschlagenen" Polierzähnen hat sich der Gen.-Anz. einen zweiten Bären aufbinden lassen, der noch feister ist. Wie ihm „von glaubwürdiger Seite" mitgeteilt worden ist, hat „ein ungenannt sein wollender Herr" den streikenden Zimmerern einen Tausendmarkschein übergeben. Die Wahrheit ist, daß ein Zimmerer dem Reporter des Blattes, um sich für die anfangs so charakterlose Haltung des Blattes in der Streikfrage zu entschädigen, den Bären aufgebunden hatte. Der Gen.-Anz. wird also wohl oder übel seinen Tausendmarkschein dazu verwenden müssen, die „ausgeschlagenen" Polierzähne hineinzuwickeln und beides in seinen Glasschrank zu setzen.

* **Als elfte Apotheke** von Halle wird dieser Tage auf der Magdeburgerstraße, Ecke der Forsterstraße, die Sternapotheke eröffnet werden.

* **Der Widerspruch,** den die Universität gegen die Führung der elektrischen Bahn durch die gr. Ulrichstraße erhoben hatte, ist vom Ministerium als unbegründet zurückgewiesen worden.

* **Die elektrische Bahn** von Halle nach Leipzig scheint gesichert. Aus dem Bericht über die gestrige Stadtverordneten-Sitzung geht das Nähere hervor.

* **Aus dem Büreau des Nationaltheaters.** Heute findet das Debüt der Operetten Soubrette Frl. Wilhelmine Basté vom Erfurter Stadttheater in der lustigen Gesangsposse „Unsere Don Juans" statt. Morgen tritt Herr Hans Schreiner, der erste Charakterspieler unseres Stadttheaters, in dem Blumenthal-Kadelburgschen Lustspiele „Der Herr Senator" zum erstenmale als Gast auf.

* **Aus dem Büreau des Walhallatheaters.** Hier beginnt am heutigen Dienstag ein neuer, höchst abwechslungsreicher und durch verschiedene „Glanznummern" sich auszeichnender Spielplan, als dessen Haupt Anziehungspunkt die berühmten Darsteller militärischer Bronce Gruppenbilder „The Silvos Prince" gelten dürften, welche durch ihre meisterhaft arrangierten und mit verblüffender Schnelligkeit ausgeführten Darstellungen überall in Deutschland Sensation erregt haben und von der rührigen Direktion eigens für diese Zeit engagiert worden sind, um für die demnächst beginnenden Erinnerungstage der großen nationalen Ereignisse vor 25 Jahren eine passende Einleitung und ein erhebendes Stimmungsbild abzugeben. Schon aus diesem Grunde dürfte das Walhallatheater in dem nun beginnenden Spielabschnitt allabendlich ausnehmend stark frequentiert werden. Mit großer Befriedigung wird es auch begrüßt werden, daß die Direktion vielseitigem Wunsche nachgehend die geniale Sand-Malerin Signora Theresia Rombello auf kurz Zeit weiter verpflichtet hat.

* **Auf den Pulverweiden war's früher gemütlicher,** als noch die prächtige parkähnliche Baumpartie am Zugang und die herrliche sich anschließende Kastanien-Allee dort schattige Promenaden bildeten. Damals kam's auch nicht darauf an, wenn die Kinder der Spaziergänger einmal in die Hand voll pflückten oder wenn die Eltern sich bemühten, an den zahlreichen Arten natürlicher Pflanzen-Vorlagen den von der Schule unbefriedigten Wissensdrang ihrer Kinder zu stillen. Damals boten auch Ruhebänke, wenn auch primitivster Art, an den schönsten und schattigsten Stellen angebracht, dem auf der ozonreichen Wiese Erholung und Kräftigung suchenden Spaziergänger oder Rekonvaleszenten Gelegenheit zur notwendigen Rast. — Seitdem ist im Interesse einiger kapitalistischer Unternehmer unter der städtischer Bürgschaftsgarantie von jährlich 35000 M. die Hafenbahn ausgeführt und damit sind die landschaftlichen Schön'eiten vernichtet worden, die Wiesenpacht ist gegen 1892.93 von 3330 M. auf 2976 M. infolge der Hafenbahndamm Anlage heruntergegangen und nun dürfen keine Blumen dort mehr gepflückt werden. Ein in diesem Sommer dort angestellter Aufseher, der die unausführbare Aufgabe hat, das Blumenpflücken zu verhindern, wird dagegen mit 400 M. pro Saison entschädigt. Von Ruhebänken ist keine Spur mehr zu sehen. Eine Tafel mit der Aufschrift: „Zur Ruhebank" steht zwar noch, aber die Bank selbst ist mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Sollte es sich bei Beseitigung der Bänke in der That um ein paar Quadratmeter Grasnutzung gehandelt haben? Die Gesamtpacht der Pulverweidenwiese, die eine Fläche von 18 Hektar 81 Ar 73 Quadratmeter umfaßt, beträgt 2976.51 M., pro Quadratmeter also 1½ Pf. ungefähr. Trotz dieses äußerst geringwertigen Objektes scheint es doch so zu sein. Für die den krassesten Eigennutz zur Schau tragende Hafenbahngesellschaft, deren Vertreter als Stadtverordnete in unverhohlenster Weise Interessenpolitik treiben, hat sich jüngst einer der Herren, den man sonst nie sprechen hört, als ein Held der Beredtsamkeit von ungewöhnlichem Feuer und selbstbewußter Entschiedenheit zum Vorkämpfer aufgeworfen, als es sich darum handelte, der Stadt einen sehr gut nutzbaren Landkomplex für ein Trinkgeld abzukaufen. So freimütig, als jener Herr, der Großkaufmann und Stadtv Werther, war denn doch kaum jemals ein Stadtverordneter in Gegensatz getreten zum Stadtinteresse, — von Gemeinsinn war in den Redeergüssen dieses Herrn nicht eine Spur enthalten. Dieser Hafenbahngesellschaft zum Nutzen, der Allgemeinheit zum Schaden, wird das bißchen ländlicher Freiheit, das innerhalb des Stadtbezirks dort noch gewährt war, gänzlich benommen. Die Pulverweidenwiese ist gleichgestellt den kunstgärtnerischen Promenadenanlagen im Zentrum der Stadt. Und da giebt man sich den Illusionen hin, daß diese Wiese einmal zu einem Volksfestplatze dienen soll?

* **Wieder haben Studenten** in vergangener Nacht eine rüde Flegelei verübt. Es waren 4 bis 6 Mann; sie schlugen im Hause Brunnengasse 12 ein Fenster ein, und mit solcher Gewalt waren die Stockschläge geführt, daß auch ein Stück des Holzkreuzes abgehauen wurde. Dabei entfiel einem der Rowdys der mit Hirschhorngriff versehene Stock und gelangte so in die Hände der aus ihrer Nachtruhe aufgeschreckten Bewohner. In den Stockgriff sind die Namen **L. Rosing** und **Fr. Callies** eingezeichnet. Später kamen die Flegel wieder und verlangten die Herausgabe des Stockes. Als ihnen das verweigert wurde, schlugen sie so heftig und anhaltend an die Hausthür, daß deren Hereinbrechen befürchtet wurde. Dabei führten sie gemeine Reden und behaupteten, es wäre vorher Wasser aus dem Hause auf sie gegossen worden, was sie erst zu ihrem Auftreten veranlaßt habe. Die Sache ist zur Anzeige gebracht worden, und es wird nachgeradе Zeit, daß die Polizei endlich die Sammthandschuhe auszieht, mit denen bisher immer die studentischen Flegeleien von ihr angefaßt worden sind. Arbeiter, die ein Liedchen vor sich hinsingen, werden arretiert und bestraft; aber fast nie hört man, daß studentische Flegeleien mit der entsprechenden Strafe belegt werden. Das erbittert. Der übergroßen Mehrzahl ernster junger Männer, die ihren Universitätsstudien hier obliegen, kann es nur lieb sein, wenn dem sich breit machenden Rowdytum ein kräftiges Ende bereitet wird. Ulke, auch wenn sie geistlos sind, läßt man gern passieren; aber gegen rüde Flegeleien muß allen Ernstes eingeschritten werden.

Ammendorf. **Der Maurerstreik** an der chemischen Fabrik ist dadurch beendet worden, daß sämtlichen Maurern 1 Pf. Zulage am Stundenlohn bewilligt worden ist. Sie erhalten nun 36 Pf. Der Baumeister Meyer, welcher bekanntlich behauptet hat, er habe den Bau mit 28 Pf. pro Arbeitsstunde für die Maurer übernommen, muß nun 8 Pf. pro Mann und Stunde zusetzen, macht bei 120 Mann täglich über 105 M. aus. Nein, was der brave Herr sich für seine Arbeiter aufopfert!

In Nöblingen stürzte gestern früh bei Einfahrt eines Eilgüterzugs der Bremser Eckstein vom Wagen. Ein Arzt verband ihm die Verletzungen am Kopfe; der Verunglückte wurde zurück nach Halle transportiert.

Eisleben. Montag früh vor 7 Uhr wurde wieder ein recht heftiger Erdstoß bemerkbar. Herr Leuschner schlief noch den Schlaf der Gerechten.

Delitzsch. In gut besuchter Versammlung sprach Montag Gen. Ad. Thiele aus Halle in Frodes Lokal über Schule und Sozialismus. An den sehr beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Debatte. Es wurde auf den Widerspruch hingewiesen, der darin liegt, daß den Kindern das siebente Gebot eingeprägt und doch von ihnen verlangt wird, zum botanischen Unterricht Baumblüten, Wiesen- und Ackerpflanzen sowie Blüten von Sträuchern in die Schule zu bringen. Einzelne Lehrer haben den Kindern mit Schlägen gedroht, falls sie diesen „Diebstahl" nicht ausführen würden. Es wurde verlangt, daß die Schulverwaltung mit Herbeischaffung der nötigen Anschauungsmittel für den Unterricht in der Pflanzenkunde eine bestimmte Person gegen Entgelt beauftragt. Klage wurde auch darüber geführt, daß einzelne Lehrer sich soweit vergessen, die Schulkinder wegen der Zugehörigkeit ihrer Eltern zur Sozialdemokratie zu verhöhnen. Die Versammlung machte es sich zur Aufgabe, derartige Fälle der Oeffentlichkeit durch Bekanntmachung in der Presse zu übergeben.

Kleine Provinzialchronik. In Magdeburg wurde das mit einem Aufwande von über 1½ Millionen Mark erbaute Café Hohenzollern gerichtlich geschlossen, weil der Besitzer in Konkurs geraten war. — In Tetta brach der fünfjährige Sohn des Maurers Thomas in der elterlichen Wohnung ein Bein. — In der Sandgrube zu Gerbstedt wurde der Bergmann Fiedler aus Heiligenthal verschüttet und getötet. — In Schmalkalden stürzte der Türmer schlaftrunken vom Turme und blieb tot. — Ein Lehrer F. aus Magdeburg hielt sich in Heldrungen gesundungshalber auf. Beim Betreten eines Pferdestalles erhielt er einen Hufschlag an den Kopf, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. — Beim Grasbauen verletzte eine Mutter ihr im Grase sitzendes dreijähriges Kind schwer durch einen Sensenschnitt an beiden Beinen. — Einen Oberschenkelbruch erlitt die Dienstmagd Wilde in Wiedersdorf bei Delitzsch, als sie in der Sandgrube von einer hereinbrechenden Wand verschüttet wurde. — Eisleben zählte am 14. Juni in 5210 Haushaltungen 22738 Einwohner. — Der Berliner Frühzug fuhr Sonnabend früh bei Berga (Nordhausen) auf einen Prellbock. Vier Wagen wurden beschädigt, mehrere Passagiere verletzt, doch keiner schwer. — In den Weinbergen bei Naumburg ist zu dem geringen Traubenansatz eine Lohe getreten. — Infolge deren die Blätter gelb werden und sich zusammenrollen. — In Eilenburg ist Sonntag mittag der Stall des Fleischers Emil Kirchner auf dem Augustusplatze niedergebrannt. — Der Sturm deckte am Sonnabend das Dach eines Familienhauses in Cospa bei Eilenburg ab; Bäume wurden entwurzelt und unendlich viel Obst von den Bäumen geworfen. — Bitterfeld zählte am 14. Juni in 2470 Haushaltungen 10608 Einwohner.

Vereine, Versammlungen etc.

— In der am 14. Juli in Faulmanns Restaurant tagenden öffentlichen Versammlung der Dachdecker und verwandten Berufsgenossen wurde zunächst die Frage behandelt: Wie stellen sich die hiesigen Dachdecker dieses Jahr zur Lohnbewegung? Es entfaltete sich eine rege Diskussion, welche zur Annahme des folgenden Antrags führte: „In anbetracht der immer mehr steigenden Forderungen, welche von Staat und Gemeinde an den Arbeiter gestellt werden, während die Löhne immer mehr zurückgehen, sieht sich die hallesche Dachdecker-Gesellenschaft veranlaßt, in eine Lohnbewegung einzutreten." Es wurde zu diesem Zwecke eine Lohnkommission von drei Mann gewählt, welche den Meistern die Forderungen der Gesellen zu unterbreiten hat. Der alte Lohnsatz von 40 Pfennig pro Stunde soll wieder festgesetzt werden. Die Antwort der Meister wird in der nächsten öffentlichen Versammlung bekannt gegeben. Alle hiesigen Dachdeckergesellen werden aufgefordert, in derselben recht zahlreich zu erscheinen.

— Eine gutbes. **Tischlerversammlung** mit der Tagesordnung Die Lage in unserem Gewerbe und wie stellen wir uns zum Bauhandwerkerstreik fand Sonnabend im Kühlen Brunnen statt. Genosse Grothe führte ungefähr folgendes aus: Gern bin ich dem Wunsche nachgekommen, für die heutige Versammlung das Referat zu übernehmen. Wenn ich jetzt auch einen anderen Beruf habe, so fühle ich mich immer noch mit Lust und Liebe als Tischler. Habe ich doch selbst ca. 30 Jahre lang in der Tischlerei gestanden und den ganzen Entwickelungsprozeß von der kleinbürgerlichen Produktion bis zur kapitalistischen Produktionsweise mit erlebt. Durch diese Entwickelung ist allmählich in unserm Gewerbe eine ungeheure Steigerung der Produktion erzielt worden. Wo früher 1 höchstens 2 Kommoden oder Schränke gemacht wurden und der betreffende Arbeiter vielleicht 8–14 Tage daran zu thun hatte, werden heute von denselbem Mann mit Hilfe der Maschinen 6–12 Stück auf den Markt geschleudert. Dasselbe Ergebnis ist im Baufach vorhanden. Steigerung der Produktion auf der einen Seite und Verminderung der Konsumtion auf der andern Seite u. zwar ist der Verbrauch derartig vermindert, daß heute der Tischler wohl die elegantesten Möbel herstellen kann, selbst aber häufig in seinem eigenen Heim ein paar armselige kieferne Möbel die ganze Einrichtung bilden. Die Ursachen all dieses Elends bilden die Entwickelung der Technik und der maschinellen Entwickelung bei kapitalistischer Produktionsweise. Nun müßte in einer vernünftig organisierten Gesellschaft jeder Fortschritt der Technik ein Segen für die Gesamtheit sein, aber kein Fluch. Wenn die Maschinen Eigentum der Gesamtheit wären und nicht Privateigentum des Kapitalisten, dann wär'n sie ein Segen für die Masse des Volkes. So tritt aber die Maschine an Stelle des Handarbeiters, wirft denselben erbarmungslos aufs Straßenpflaster, und Umstände treten ein, wie sie Karl Marx schon vor 30 Jahren in seinem Kapital über England, über die Bildung der Reservearmee geschildert hat. Durch die Reservearmee werden diejenigen Kollegen, welche in Arbeit stehen, in Schach gehalten, denn die Befürchtung liegt nahe: Forderst Du etwas mehr und erhälst die Kündigung, so stehen 10 und so viel draußen, welche an Deine Stelle sofort treten. — Alle diese Zustände sind ebenfalls im Baugewerbe vorhanden. Vor ca. 30 Jahren waren die Zimmerer zum größten Teil im Winter beschäftigt. Sie hobelten Fußboden, spundeten und nuteten ihn, fehlten Fußbodenleisten u. s. w. Heute frißt die Maschine all diese Arbeiten in kurzer Zeit auf, und der Zimmermann ist zum größten Teil im Winter arbeitslos. — Wenn darum nach mehreren Jahren die Bauhandwerker einen etwas höheren Lohn verlangen, so kann man es ihnen nicht übel nehmen. Thoren sind diejenigen, welche nicht einsehen, daß, je besser die Löhne der deutschen Arbeiter sind, desto mehr die Konsumtionskraft derselben gestärkt wird und im allgemeinen die Verhältnisse besser werden. Was nutzt es, im Auslande Absatzgebiete für deutsche Waren zu suchen, wenn die inländische Bevölkerung immer kaufunfähiger wird? Mit den streikenden Bauarbeitern muß darum jeder Arbeiter solidarisch fühlen und ihnen beistehen, so weit jeder kann. Die Diskussion war eine sehr rege. Alle Ausführungen gingen darauf hinaus, auch im Tischlergewerbe wieder eine bessere Kollegialität zu erzielen, um auch da etwas zu erreichen. Die Vorschläge gingen zum größten Teil darauf hinaus, in Halle wieder eine tüchtige Werkstättenorganisation zu schaffen, Erhebungen anzustellen und auf Grund dieser einen Lohn und Akkordtarif aufzustellen und mit demselben vor die Arbeitgeber zu treten. Derselbe soll vor allem den Herren Meistern bei ihren Submissionsarbeiten als Richtschnur dienen damit nicht von den Arbeitgebern bei derartigen staatlichen Ausschreibungen die Lohnverhältnisse durch zu billige Angebote immer mehr und mehr auf den Hund gebracht werden, zum Schaden derartiger Meister selbst, wie des ganzen Tischlergewerbes. Wenn auch hin und wieder eine Verstimmung über die Form der Organisation, welche eingeschlagen werden sollte, sich bemerkbar machte, so verfolgte die Versammlung die einzelnen Ausführungen mit großem Interesse und wurden Wünsche dahin laut, sich womöglich als Sektion der Tischler dem Holzarbeiterverband anzuschließen. Hervorgehoben wurde ferner, daß in der Organisationsfrage auf beiden Seiten gründigt und deshalb in Zukunft aller Streit zu vermeiden sei. Um die weiteren Angelegenheiten zu regeln, wurde eine Kommission von 7 Mann gewählt, welche die Aufgabe hat, die Tischlerbewegung wieder auf die Höhe zu bringen, welche notwendig ist, um bessere Verhältnisse zu erringen. Die Versammlung war bis zum Schlusse gut besucht.

Aus dem Reiche.

Berlin hat nach der Gewerbezählung in 405000 Haushaltungen nur 1616381 Einwohner, während die fortgeschriebene Bevölkerungszahl auf 1734239 gelautet hatte Die Differenz wird auf die vorübergehende Abwesenheit vieler Personen zurückgeführt. — Die 15jährige Gertrud Helmessen, bekannt als Zeugin im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189507 17-13/fragment/page=0003

Skandalprozeß gegen Castan, ist ins Rettungshaus Silnach in Pankow gebracht worden. Ob der hier herrschende Muckergeist im Stande sein wird, die Verwahrloste zu bessern, ist mehr als zweifelhaft. — Auf furchtbare Weise verstand ein in den 30er Jahren stehender Mann seine Bitte um milde Gaben zu unterstützen. Er erzählte, sein Kind sei gestorben und er besitze nicht die Mittel, es begraben zu lassen. Als Beweis der Wahrheit für seine Angaben knöpfte der Bettler jedesmal ein Bündel auf, in welchem die Leiche eines zwei Jahre alten Mädchens lag. — Die Baronin v. Lüttwitz hatte bei einer Soiree ihre kostbare Brillantnadel verloren. Endlich stellte sich heraus, daß das Dienstmädchen sie gefunden und an einen Goldarbeiter als Zeitzahlung für ihre Ohrringe verkauft hatte. Zugleich stellte sich aber auch heraus, daß die „kostbare Brillantnadel" Simili war und 2,50 M. kostete. — Die bitterste Not veranlaßte den Postbriefboten Emil H. von 16 Briefen die Freimarken abzulösen und die Briefe zu vernichten. Vor Gericht führte er als Entschuldigungsgrund seine Notlage an. Mit 2 M. 50 Pf. Diäten, die er täglich bezogen habe, sei es ihm unmöglich gewesen, sich, Frau und drei Kinder zu ernähren. Der Gerichtshof billigte ihm mildernde Umstände zu und erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts auf 5 Monate Gefängnis. Wegen Sittlichkeitsverbrechen wurde der Kaufmann Moritz Keller verhaftet, welcher außer seinem hiesigen großen Kunstgeschäft Filialen in New-York, Rom, Florenz und Luzern besitzt.

Hamburg. Sieben junge Frauen und Mädchen aus Barmbeck wurden wegen Abtreibung verhaftet.

Stuttgart. Größn Waldeck auf Schloß Hornegg und ein angeblicher Graf Nesselrode wurden wegen Meineids verhaftet.

Weimar zählt in 6372 Haushaltungen 26 093 Einwohner und zwar 12 000 männliche, aber 14 093 weibliche.

Vermischtes.

* **Der Kaiser Wilhelm II.** hat auch vorigen Sonntag wieder auf seinem Schiffe den Gottesdienst abgehalten und den Nachmittag beim Lawn-Tenis Spiel verbracht. Montag ist er nach Godland weitergefahren.

* **Abgestürzt** sind am Sonntag vom Ortler fünf Engländer; zwei Damen sind schwer, die übrigen leichter verletzt.

* **Gottes Finger?** Der Blitz schlug heute in die Kirche von Calasparra, Provinz Murcia. Die Kirche steht in hellen Flammen. Ein Kind wurde getötet, 8 Personen verwundet.

* **Eine Pulverfabrik** bei Tivoli (Provinz Rom) flog am Sonntag in die Luft. Drei Personen sind umgekommen. In der Nähe platzten Fensterscheiben und wurden viele Häuser, besonders die Villa Este beschädigt.

* **Ein Cyklon** (Wirbelsturm) zog am Sonnabend über Cherryhill im Staate New-Jersey und über Woodhaveren auf Long Island hin. Vier Personen sind getötet, vierzig verletzt. Hundert Gebäude sind zerstört.

Zur gefälligen Beachtung!

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß die von den Maurer-Arbeitsleuten in vergangener Woche verausgabten Sammellisten, welche die Nummern 1—101 trugen, zwar nummeriert, aber nicht abgestempelt waren. Die in dieser Woche zur Ausgabe gelangten sind nummeriert und gestempelt. Die Listen Nr. 1—101 sind auch ohne Stempel gültig.

Quittung.

Von Arbeitern aus Delitzsch gingen für die streikenden Bauhandwerker 10 Mark ein.

Am Kirmesfest in Röglitz 3,02 Mark und am Bahnhofe Röglitz 2,15 Mark für die streikenden Bauarbeiter gesammelt.

Briefkasten der Redaktion.

Kündigung. Da Sie sich zu ziehen bereit erklärt haben, würde die Kündigung auch dann gelten, wenn Sie zu verspäteter Stunde Ihnen bekannt gegeben worden wäre.

K. W., Dessauerstraße. Die Frage, wie viel die Zurücknahme einer Klage kostet, läßt sich in dieser Allgemeinheit nicht beantworten. Es kommt ganz darauf an, wie viel das Streitobjekt beträgt und viele Kosten bereits aufgelaufen sind.

P. W. Ueber die Heilanstalt von Dr. Lutze in Köthen vermögen wir keine Auskunft zu ertheilen. Vermag es vielleicht einer unserer Leser?

B. F. in Giebichenstein. Der Oestreicher wird nicht eher in Deutschland wahlberechtigt, als bis er sich hat naturalisieren lassen.

W. M. Wird verwendet werden. Ihr Name bleibt verschwiegen.

F. Wenn der Feuermann im städtischen Siechenhause keine Sonntagsruhe bekommt, so muß er sich beschweren. Es ist allerdings ein starkes Stück, daß er seit 28 Monaten nicht frei gehabt hat.

Fr. Sch. in Giebichenstein. Der „köstliche Trost" wird verwendet werden. Gruß!

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 15. Juli.

Aufgeboten: Der Handarbeiter Max Hermann und Anna Sommer (Schützenstraße 20). Der Handarbeiter Paul Franke und Emma Köppe (Hanfsack 1 und Mittelwache 1). Der Kaufmann Samuel Jakobowicz und Dorothee Hammerschmidt (Krone und große Ulrichstraße 2). Der Handarbeiter Karl Gebhardt und Marie John (Friesenstraße 22 und Weingärten 41). Der Schriftsetzer Alfred Kaschner und Friederike Kramer (Barfstraße 2 und Kröllwitz). Der Gestüts-Wärter Eduard Lauch und Klara Mörtz (Kröllwitz und Spickendorf). Der Kaufmann Siegmund Jacob und Bertha Brauer (Halle a. S. und Charlottenburg). Der Schlosser August Wolter und Bertha Holbach (Turnerplan 5 und Giebichenstein). Der Fabrikarbeiter Rudolf Schmidt und Anna Jensong (Reilstraße 129 und Giebichenstein). Der Zimmermann Friedrich Dittmar und Marie Wolf (Mietleben).

Eheschließung: Der Modelltischler Albert Schröder und Bertha Wernicke (Ludwigstraße 41 und Barfüßerstraße 16).

Geboren: Dem Handarbeiter Otto Schatz eine T., Anna Minna (Gommergasse 10). Dem Bahnarbeiter Hermann Tietze ein S., Hermann Paul (Hardenbergstraße 2). Dem Maurer Gustav Dreßler eine T., Lina Luise Anna (Friedrichsplatz 4). Dem Maurer Otto Haack ein S., Otto Erdmann (Mittelwache 13). Dem Handarbeiter Konstantin Kokot ein S., Bernhard Konstantin (Liebenauerstraße 15). Dem Tischler Hermann Schleenvoigt ein S., Johannes Bernhard (Unterplan 7). Dem Zimmermeister Konrad Bauer eine T., Elisabeth Charlotte (Liebenauerstraße 2). Dem Steindrucker Heinrich Wolff ein S., Paul Albert (kleine Ulrichstraße 11). Dem Kaufmann Bruno Hirsch eine T., Alice Mathilde (Franckestraße 18). Dem Gärtner Paul Liebmann eine T., Helene Ida (Mötzlicherweg 3).

Gestorben: Des Handarbeiter Gustav Kammermeyer S. Richard, 2 Mon. (Schützenstraße 13). Des Schlosser Alfred Wittenberg T. Gertrud, 2 Mon. (große Wallstraße 32). Des Handarbeiter Alwin Thon T. Marie, 8 Mon. (Ludwigstraße 7). Des Polizei-Sergeant Otto Schmidt S. Fritz, 6 Mon. (Beesenerstraße 1). Der Zigarrenmacher Franz Kirchner, 23 J. (Klosterstraße 10). Des Kernmacher Franz Lehmann T. Lina, 7 Mon. (Beesenerstraße 5). Der Schriftsetzer Otto Bruder, 34 J. (Steg 11). Des Ingenieur Karl Schinzer T. Margarethe, 6 J. (Magdeburgerstraße 40). Des Kaufmann Franz Krug T. Margarethe Marie, 1 Woche (Rannischestraße 12). Des Former Wilhelm Göhre S. Wilhelm, 1 J. (Streiberstraße 4). Des Stellmacher Gustav Göhre S. Gustav, 3 J. (Klinik). Des Blumenhändler Heinrich Heine S. Adolf, 6 Mon. (Mittelstraße 1). Der Schuhmacher Paul Karras, 43 J. (Siechen-Anstalt). Des Bahnarbeiter Paul Knauer S. Paul, 8 Mon. (Thorstraße 31). Des Sch. Heinrich Sander S. Wilhelm, 2 Mon. (Beesenerstraße 3). Der Kaufmann Albert Kieseweter, 50 J. (Blücherstraße 13). Des Bahnarbeiter Max Werge T. Luise, 9 Mon. (Lindenstraße 51). Der Bergmann Christian Müller, 56 J. (Bergmannstroß). Des Tischler Louis Drobe S. Max, 9 Mon. (Ackerstraße 4). Des Bahnarbeiter Wilhelm Krause Ehefrau, Auguste geb. Seydewitz, 35 J. (Diakonissenhaus). Des Restaurateur Leopold Hoffmann T. Elisabeth, 7 Mon. (Lerchenfeldstraße 15). Des Maurer Hermann Kohlhardt S. Paul, 8 Mon. (Ritterstraße 11). Des Kutscher Hermann Karrasch T. Frieda, 1 Mon. (Leipzigerstr. 56).

Für die Redaktion verantwortlich: **F. Schneckenburger in Halle.**

Oeffentliche

Bauarbeiter-Versammlung

der Maurer, Maurerarbeitsleute und Zimmerer

Mittwoch den 17. Juli abends 8 Uhr

im „Neuen Theater".

Tagesordnung: 1. Streikangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Geschäfts-Eröffnung.

Meinen verehrten Nachbarn und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich am heutigen Tage in meinem Hause **Schillerstraße 41** die Bewirtschaftung der

Restauration verbunden mit Kolonial- und Grünwaren-Handlung

übernommen habe.

Ich wende mich mit der Bitte an meine verehrte Nachbarschaft, mein Unternehmen geneigtest unterstützen zu wollen. Hochachtungsvoll

C. Thiele.

Tuch-, Buckskin- u. Cheviot-Reste

in Neuheiten f. Herrenanzüge, einzelne Hosen und Jacketts. Eleg. Reste f. Kittel, Höschen und Anzüge stets gr. Auswahl.

S. Frisch

gr. Ulrichstr. 48.

Kinderwagen zu verkaufen **kl. Ulrichstraße 36.**

Große Kinderbettstelle verkauft billig **Steinweg 50, 1 Tr.**

Rover, vorzügl. Lernrad, f. 50 M zu verkaufen Giebichenstein. Burgstr. 42.

Anzeige.

Von jetzt ab führen wir Hüte mit

Kontrollmarke.

Strassburger Hut-Bazar

Nur allein **Leipzigerstrasse 14.** Nur allein.

Frühkartoffeln!

von heute ab 5 Liter 30 ₰ verkauft **Karl Wilh. Schmidt,** Giebichenstein, große Brunnenstraße 49 (Gasthaus zur Sonne).

NB. Bitte ganz genau auf meine Firma zu achten.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Huber.

Neuer Spielplan!

The Silver Prince, Darsteller militärischer Gruppenbilder in Bronce (sensationell!) — Die **Freire-Truppe,** Elite-Parterre-Gymnastiker mit ikarischen Spielen. — **Brothers Williams,** Bravour-Equilibristen auf der japanischen Leiter. — Miß **Bena Aladina** mit ihrer Kolonie abgerichteter Kakadus. — **The Harlows,** englische Burlesk Komödianten. — Frl. **Marie Beckert,** Lieder- u. Walzersängerin. — Herr **Jean Bayer,** Gesangs- und Charakter-Humorist. — Signora **Theresia Rombello, Sand-Malerin** (auf vielseitiges Verlangen weiter verpflichtet)

Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

National-Theater.

Dienstag den 16. Juli

Erstes Auftreten des Fräulein **Wilhelmine Baste.**

Unsere Don Juans.

Mittwoch den 17. Juli

Gastspiel des königl. Hofschauspielers **Hans Schreiner** vom Hoftheater in Wiesbaden.

Der Herr Senator.

Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz von Schönthan und Gustav Kadelburg.

Mittwoch: **Schlachtefest.**

F. Hahn, Zapfenstraße 21.

Barbiergehilfe sofort gesucht **F. Berger,** Wachterstr. 59.

Ein älteres Mädchen sucht Beschäft. im Waschen u. Scheuern Brunneng. 13, p.

Beim Einkauf erhält jeder Käufer ein Rabattbuch.

Ausnahmepreise im Monat Juli.

H. Elkan

Halle a. S., Leipzigerstraße 89.

Einziges und grösstes Warenhaus in Manufaktur-, Leinen- und Baumwollwaren, Kleiderstoffen, Damen-Konfektion, Herren- und Knaben-Garderobe, Arbeitshosen, Schuhe und Stiefel zu äussersten Ausnahmepreisen.

Führe nur gute, hauptsächlich genagelte Schuhwaren.

Beim Einkauf erhält jeder Käufer ein Rabattbuch.

Soeben erschien:

Postillon Nr. 15.

Preis 10 Pf.

Zu haben in der **Volksbuchhandlung** Bölbergasse 1.

Konsumhalle. **Kaffees** Konsumhalle.

vorzüglich im Geschmack zum Preise von 1.50, 1.60, 1.80, 1.90 und 2 M pro Pfund,

Malzkaffee (gebrannter Weizen) per Pfund 25 ₰,

gebranntes Korn per Pfund 20 ₰ empfiehlt

W. Dudenbostel, Breite- u. Laurentinsstraßen-Ecke.

Heidelbeeren

täglich frische Sendung empfiehlt billigst.

ff. neu Kartoffeln

à Pfund 10 Pf.

Franz Eisengarten.

Hochfeines Speise-(Salat-Oel)

täglich frisch à Pfd. 60 ₰, nur bei ganzen Pfunden, empfehlen

Krahnert & Co., Mostrich- und Oel-Fabrik, Robert-Franzstraße 20, frühere Bezeichnung Mühlgraben 7.

Buchardts Restaur.

Fleischerstraße 26.

Morgen Mittwoch

Familien-Abend.

Fliegenleim, Fliegenpapier, Fliegenpulver,

in nur stärkster Qualität, bei

E. Walthers Nachf.

Moritzwinger 1 u. Steinweg 26.

Klagen, Testamente, Zahl.-Befehle Privatklagen, Steuer-Reklamationen und andere schriftliche Arbeiten werden preiswert bearbeitet. Näh. sagt d. Exp. d. Bl.

Große Ulrichstraße 25

vis-à-vis von Krauses Butterhdl. kostet eine neue Feder 1 M, Glas oder Zeiger 15 ₰, neue Kapsel 25 ₰, silberne Remontoir-Uhren 10 M, 14 Tage gehende Schlagwerk Regulateure 15 M

J. Siede, Uhrmacher.

Kartoffeln, blaue u. weiße, sämtl. grünen Waren, hausschl. Wurst, Butter, Eier, Käse, ff. Landbrot, Exportbier a. Freybergs Brauerei u. s. w. Pilf. H.-A.-B., Weizenlager- und Weißb. v. Schneider Nchf (Morell), Selterwasser stets frische Füllung, wie bekannt gut und billig bei **F. Weber,** Germarstr. 7, fr. Gütchenstr.

Eine anständ. junge Frau sucht Aufw. f. d. ganzen Tag. Z. erfr. Reilstr. 9, II.

Klaviere u. Harmoniums w. g. rep. u. rein gest. **Laue,** Taubenstr. 15, H. II.

Herren-Garderobe w. g. u. bill. ausgeb., gereinigt u. neu bordiert gr. Berlin 5, I.

Großen runden **Stammtisch** verkauft billig Steinweg 33, 1 Tr. r.

Römer-, Kropf-, Luchs-, Schleier- u. Trommeltauben bill. z. verk. Böckstr. 11.

Zwei ganz neue **Bettstellen** billig zu verkaufen Grafeweg 15, 1 Tr.

Eine noch sehr gute **Bettstelle mit Matratze** ist sofort zu verkaufen **Krausenstraße 3, 1 Tr. l.**

Eine **Geldbörse** b. Ausfl. d. Buchdr. a. d. Bischofsw. abh. gek. Da e. Andenken, so bitte gegen Behalten d. Inhalts dieselbe in der Exped. des Volksblattes abzugeben.

— Aufforderung. —

Alle diejenigen, welche glauben an mich Forderungen zu haben, sowie auch diejenigen, welche noch Verpflicht. hab., woll. sich umg. meld. E. Tschepke, Wolfstr. 21, p.

Frdl. Wohnung mit allem Zubehör f. 36 Thlr. zu verm. Ludwigstraße 11.

Gr. Gosenstr. 15 sind sehr schöne Wohnungen zu vermieten.

Wohn., 2 St., K., K. u. Zub., z. 1. Okt. zu beziehen Hohestraße 22, 1 Tr.

2 Wohnungen à 40 Thlr. z. 1. Okt. zu beziehen kl. Sandberg 14 u. 17.

Stube, K., K. u. Zub. 50 Thlr., St. u. K. 34 Thlr., 1 St. 22 Thlr. Ludwigstr. 8.

Wohnung f. 36 Thlr. an junge Leute zu vermieten Schützenstraße 3.

Freundl. Logis zu 165 u. 200 M zu vermieten Schillerstraße 41.

Junger Mann erh. Kost und Logis Turmstraße 157, 2 Tr. r.

Möbliertes Zimmer zu vermieten Merseburgerstraße 21, 2 Tr. r.

Anständige Schlafstelle, hinteuh., sep. Eingang Schwetschkestraße 9, 1 Tr.

Verlag und für die Inserate verantwortlich Aug. Groß, Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts Buchdruckerei (e. G. m. b. H.), Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950717-13/fragment/page=0004